ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Ein unwillkommener Rekord

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1994) : Ein unwillkommener Rekord, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 2, pp. 58-59

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/137087

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Ein unwillkommener Rekord

Hans-Jürgen Schmahl

In Deutschland gab es im Januar etwas mehr als 4 Millionen registrierte Arbeitslose, reichlich 2,7 Millionen im Westen und knapp 1,3 Millionen im Osten des Landes. Mit der nun erstmals seit der Vereinigung überschrittenen Marke von 4 Millionen hat das Problem keine neue Dimension, sondern nur ein neues Symbol; noch dazu eines, das möglicherweise bald wieder verschwindet. Denn um die Jahreswende wird stets der saisonale Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht, und im Frühjahr wird man wahrscheinlich wieder zur „Dreiermillion" zurückkehren. Dann wird es umgekehrt auch keinen Grund zur Erleichterung geben.

In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit, schaltet man die typischen Saisonschwankungen aus, seit dem Beginn des Konjunkturabschwungs kontinuierlich von 1,7 Millionen im ersten Quartal 1992 auf 2,5 Millionen Personen im Januar dieses Jahres gestiegen. Der Anstieg hat sich in den letzten Monaten etwas abgeflacht, ohne daß man daraus schon weitreichende Schlüsse ziehen sollte. Immerhin paßt die Abflachung zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die seit dem vergangenen Frühjahr tendenziell wieder steigt, und zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die sich seitdem zumindest nicht mehr erhöht haben. In Ostdeutschland verharrt die Zahl der Arbeitslosen seit etwa zwei Jahren auf unverändertem Niveau. Der Anstieg im Januar hat ausschließlich saisonale Gründe.

Von der Konjunktur kann wegen des üblichen Nachhinkens der Beschäftigung hinter der Produktion kurzfristig selbst dann keine Tendenzwende am Arbeitsmarkt erwartet werden, wenn sich die optimistischeren unter den Prognosen bestätigen. Auch bei einem allmählich deutlicher werdenden Wiederanstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird der Rückgang der Beschäftigung in Westdeutschland etwa bis zur Jahresmitte anhalten. Noch gibt es aber verbreitete Zweifel, ob die Konjunktur überhaupt so verlaufen wird.

Schon jetzt ist jedoch festzustellen, daß jedenfalls die pessimistischste Prognosevariante, in der ein erneuter Konjunktureinbruch gegen Ende des Jahres 1993 erwartet wurde, von der tatsächlichen Entwicklung widerlegt ist. Auftragseingänge und Geschäftsklima sind vielmehr bis zuletzt weiter deutlich gestiegen. Das gilt auch für die Auftragseingänge im Dezember, wenn die Zahl der tatsächlich gearbeiteten und nicht die der nach dem Kalender verfügbaren Arbeitstage berücksichtigt wird. Das ist nicht in allen Saisonbereinigungsverfahren der Fall. Daher gab es auch Meldungen über einen merklichen Rückgang der Aufträge zum Jahresende, die die tatsächliche Entwicklung nicht zutreffend wiedergeben.

Ein neuer Aufschwung mit steigender Produktion und erfahrungsgemäß sinkenden Lohnstückkosten wird auch wieder zu wachsender Beschäftigung führen. Das war noch nach jeder Rezession so, und es gibt keinen Grund, an der Wiederholung dieser Erfahrung zu zweifeln. Allerdings ist der „Sockel" der Arbeitslosigkeit von Rezession zu Rezession höher geworden. Unzutreffend ist aber die Annahme, höhere Arbeitslosigkeit sei gleichbe-

deutend mit entsprechend geringerer Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten ist keineswegs von Mal zu Mal niedriger geblieben; im Gegenteil, sie war jedesmal – freilich erst nach mehreren Jahren – etwas höher, und vor dem jüngsten Einbruch in Westdeutschland war sie höher als je zuvor. Nicht gelungen ist jedoch die volle Absorption des wachsenden Angebots an Arbeitskräften, das in den siebziger Jahren vor allem aus der demographischen Entwicklung, in den achtziger Jahren vor allem aus der Zuwanderung resultierte. Daher stieg die Arbeitslosigkeit trendmäßig an.

Noch hat der Aufschwung nicht begonnen, und es ist fraglich, wie stark und wie lang er sein wird. Seine Stärke und Dauer und nicht zuletzt seine Beschäftigungseffekte werden wesentlich davon abhängen, ob die sogenannten strukturellen Probleme mit einigem Erfolg angegangen werden. Dauerhaft hohe Staatsdefizite, eine permanent hohe Abgabenbelastung, anhaltend hohe Arbeitskosten, starre Arbeitsmarktregelungen und ganz allgemein eine hohe Regulierungsdichte sind ungünstige Bedingungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Darüber gibt es heute offenbar weitgehenden Konsens. Die Geister scheiden sich jedoch, sobald es an die Umsetzung in praktisches Handeln geht. Immer noch ist die Neigung groß, defensiv statt offensiv zu agieren, z.B. Verkürzung statt Flexibilisierung der Arbeitszeit zu fordern und Umverteilung statt Vergrößerung des Produkts in den Vordergrund zu stellen – nicht beachtend, daß der „Kuchen Sozialprodukt" durch rigoroses Umverteilen kleiner werden kann.

Was die Wirtschaftspolitik bisher als Beitrag zur Lösung der Probleme anbietet, ist hauptsächlich die Bestandsaufnahme. Der Standortbericht der Bundesregierung ist in dieser Hinsicht erschöpfend; die Handlungsanweisungen sind dagegen zumeist vage. Das Handeln selbst ist noch rudimentär. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung wird jedenfalls auf kürzere Sicht nur einen bescheidenen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten können.

Unverändert gilt, daß die Tarifpolitik für die künftige Entwicklung der Beschäftigung besonders wichtig ist. In jüngster Zeit ist darauf hingewiesen worden, daß die Lohnstückkosten in Westdeutschland im internationalen Vergleich vor allem deshalb überdurchschnittlich gestiegen seien, weil die D-Mark gegenüber den Währungen der Konkurrenzländer aufgewertet worden sei; die Lohnerhöhungen hätten zu der Verschlechterung der Position viel weniger beigetragen. Daraus sollte wohl gefolgert werden, der Wechselkurs sei für die Beschäftigung wichtiger als die Lohnpolitik.

Eine solche Folgerung wäre falsch, denn die internationale Konkurrenzposition ist für die Höhe der Beschäftigung bei weitem nicht so wichtig wie die gesamtwirtschaftliche Kosten-Erlös-Relation und das Verhältnis von Arbeitskosten zu Kapitalkosten in der Volkswirtschaft. Beide aber werden von der Tarifpolitik maßgeblich beeinflußt.

Es gibt also gute Gründe für eine „beschäftigungsorientierte" Tarifpolitik, die in den Gemeinschaftsgutachten zur Wirtschaftslage von allen großen Wirtschaftsforschungsinstituten gemeinsam gefordert worden ist. Sie schöpft den Spielraum für kostenneutrale Einkommenssteigerungen nicht voll aus – geschweige denn mehr als das – und schafft dadurch eine wichtige Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Daß sich eine solche Politik für die Arbeitnehmerschaft als Ganzes auszahlt, erwies sich zuletzt in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Der Erfolg stellt sich allerdings nur ein, wenn auch die übrigen Bedingungen des Wirtschaftens „stimmen".

Zählt man alles zusammen – offene, verdeckte und gar noch in der Stillen Reserve (deren tatsächliche Größe freilich niemand kennt) versteckte Arbeitslosigkeit –, kommen jene 6 Millionen zusammen, die jetzt oft genannt und unzulässigerweise mit der gleichen Zahl in der Weltwirtschaftskrise verglichen werden. Aber es stimmt gewiß nicht, daß wir in Deutschland 6 Millionen mehr Arbeitsplätze brauchen. Viele der vermeintlichen Anwärter stehen nicht wirklich zur Verfügung; außerdem dürfte die Sucharbeitslosigkeit inzwischen eine Millionengröße sein. Auch wenn man das berücksichtigt, bleibt eine Aufgabe von enormer Dimension. Beiträge zur Lösung müssen alle Politikbereiche leisten.